

SCHWÄBISCHES TAGBLATT

Mo C B Hg M R T Di

DIENSTAG, DEN 20. MAI 1947 VERLAG UND SCHRIFTFLEITUNG: TÜBINGEN, UHLANDSTRASSE 2 3. JAHRGANG / NUMMER 40

Die Verfassung ist angenommen

Wieder absolute Mehrheit für die CDU. in Südwürttemberg

TÜBINGEN. Die französische Zone hat am Sonntag über die von den Beratenden Landesversammlungen vorgelegten Verfassungen abgestimmt und gleichzeitig die Landtage gewählt. In Württemberg-Hohenzollern, wo CDU und SP ihre Anhänger aufgefordert hatten, für die Verfassung zu stimmen, wurde diese mit einer starken Mehrheit von 69,8 Prozent angenommen.

Da die Verfassungsparteien, CDU und SP, zusammen 75 Prozent der Wähler auf sich vereinigen konnten, haben also 5 Prozent der Abstimmenden gegen den Willen ihrer Parteien die Verfassung abgelehnt.

Die Parteien, die über eine gut durchorganisierte Anhängerschaft verfügen, die SP und KP, haben ihre Stimmzahl auf dem Stand vom 13. Oktober 1946, dem Tag der Kreiswahl, erhalten können, während die CDU einen Rückgang von 8 Prozent zu verzeichnen hat, der bei der DVP wieder als Zuwachs erschienen ist.

In Baden traten CDU und DVP für die Verfassung ein. Die CDU bezahlte ihre Haltung mit einem Rückgang von über 15 000, die DVP von über 2000 Wählern.

In Rheinland-Pfalz ging die Verfassung mit einer knappen Mehrheit, die nur 8 Prozent ausmachte, durch. Ihre Befürworter waren CDU und DVP. Dabei stimmte die Pfalz gegen die Verfassung, ihre Annahme erfolgte durch eine starke Verfassungsmehrheit im Rheinland. Die CDU verlor bei den Wahlen ihre bisher innegehabte absolute Mehrheit; sie ging auf 48 Prozent zurück.

Vorläufiges Gesamtergebnis

Südwürttemberg - Hohenzollern			
(In Klammer die Ergebnisse der Kreiswahlen vom 13. Oktober 1946)			
Abgegebene Stimmen	In Prozent	Sitze	
KP. 27 336 (28 345)	7,3 (6,9)	5	(4)
SP. 78 650 (78 850)	20,8 (19,9)	12	(14)
CDU. 204 927 (261 022)	54,2 (62,8)	32	(40)
DVP. 66 985 (42 621)	17,7 (10,4)	11	(7)

Für die Verfassung stimmten mit
Ja 268 661 (89,8 Prozent)
Nein 116 013 (30,2 Prozent)
Wahlbeteiligung 66,4 Prozent

Südbaden			
Abgegebene Stimmen	In Prozent	Sitze	
KP. 31 701 (33 633)	7,4 (7,5)	4	(4)
SP. 95 818 (77 140)	22,4 (17,5)	13	(11)
CDU. 239 285 (265 045)	53,9 (60,4)	34	(37)
DVP. 60 976 (63 121)	14,3 (14,5)	9	(9)

Für die Verfassung stimmten mit
Ja 296 859 (67,9 Prozent)
Nein 140 188 (32,1 Prozent)
Wahlbeteiligung 67,8 Prozent

Rheinland-Pfalz			
Partei	Stimmen	Prozent	(Prozent)
CDU	531 878	48	(53,9)
SP	381 864	34	(30,8)
KP	91 582	8	(8,2)
LDP	66 347	6	(2,4)
SV	45 336	4	(4,7)

Für die Verfassung stimmten mit
Ja 565 351 = 58 Prozent
Nein 456 063 = 42 Prozent
Wahlbeteiligung 76,49 Prozent

Wie in den Städten gewählt wurde

Balingen: KP. 286, SP. 763, CDU. 414, DVP. 756, ja 1114, nein 1296.
Biberach: KP. 352, SP. 1143, CDU. 3022, DVP. —, ja 3598, nein 1195.
Calw: KP. 330, SP. 480, CDU. 980, DVP. 370, ja 1321, nein 1085.
Ehingen: KP. 203, SP. 594, CDU. 1658, DVP. 482, ja 1984, nein 864.
Freudenstadt: KP. 505, SP. 1226, CDU. 1420, DVP. 1126, ja 2479, nein 1892.
Friedrichshafen: KP. 427, SP. 1749, CDU. 2502, DVP. 762, ja 3608, nein 1945.
Hechingen: KP. 263, SP. 508, CDU. 1242, DVP. 623, ja 1435, nein 1286.
Isny: KP. 87, SP. 518, CDU. 1024, DVP. 138, ja 1446, nein 371.
Laupheim: KP. 490, SP. 673, CDU. 1723, DVP. —, ja 2244, nein 314.
Metzingen: KP. 557, SP. 820, CDU. 1039, DVP. 970, ja 1732, nein 1724.
Nagold: KP. 234, SP. 808, CDU. 725, DVP. 304, ja 1081, nein 719.

Oberndorf: KP. 253, SP. 851, CDU. 1045, DVP. 743, ja 1711, nein 1363.
Ravensburg: KP. 745, SP. 1400, CDU. 4840, DVP. 1700, ja 6052, nein 2869.
Reutlingen: KP. 2810, SP. 9348, CDU. 4582, DVP. 7379, ja 12 330, nein 12 252.
Rottenburg: KP. 375, SP. 344, CDU. 2174, DVP. 358, ja 2447, nein 999.
Rottweil: KP. 305, SP. 633, CDU. 2481, DVP. 798, ja 2870, nein 1409.
Saulgau: KP. 164, SP. 238, CDU. 1483, DVP. 471, ja 1721, nein 654.
Schramberg: KP. 580, SP. 1374, CDU. 2683, DVP. 1295, ja 3681, nein 2455.
Schweningen: KP. 1532, SP. 2758, CDU. 1492, DVP. 2986, ja 3767, nein 5172.
Sigmaringen: KP. 96, SP. 362, CDU. 1142, DVP. 309, ja 1595, nein 642.
Tettnang: KP. 41, SP. 439, CDU. 1000, DVP. 256, ja 1496, nein 333.
Tübingen: KP. 1336, SP. 2010, CDU. 2783, DVP. 3807, ja 4473, nein 5658.
Tuttlingen: KP. 1007, SP. 2543, CDU. 2841, DVP. 1205, ja 4687, nein 3107.
Urach: KP. 529, SP. 636, CDU. 700, DVP. 727, ja 1233, nein 1456.
Wangen: KP. 241, SP. 807, CDU. 1815, DVP. 284, ja 2462, nein 821.
Wildbad: KP. 136, SP. 370, CDU. 698, DVP. 285, ja 1005, nein 550.
Lindau: KP. —, SP. 3974, CDU. 20 775, DVP. 2913.

Lindau hatte keine Volksabstimmung über die Verfassung. Es wurden lediglich zwei Vertreter in den Landtag gewählt.

Wie die Kreise gewählt haben

Kreis	Landtagswahl					Volksentscheid über die Verfassung		
	Gültige Stimmen	KP	SP	CDU	DVP	Gültige Stimmen	Ja	Nein
Balingen	23 303	2 535	5 824	7 727	7 217	23 880	12 699	11 181
Biberach	29 726	841	4 533	24 352	—	30 264	26 905	3 359
Calw	27 806	3 345	7 559	11 894	5 008	28 450	18 509	9 941
Ehingen	14 521	482	1 627	11 406	1 006	14 701	12 485	2 216
Freudenstadt	15 325	1 365	4 789	5 619	3 556	15 577	9 842	5 735
Hechingen	14 184	826	2 014	8 546	2 798	14 451	9 933	4 518
Horb	12 728	601	2 433	6 758	2 946	12 861	9 106	3 755
Münsingen	11 613	323	1 810	6 670	2 810	11 613	8 413	3 200
Ravensburg	31 118	1 519	4 249	20 955	4 395	31 443	24 739	6 704
Reutlingen	39 331	4 686	13 323	9 458	11 864	40 431	21 122	19 309
Rottweil	33 995	3 158	7 627	15 274	7 936	34 591	21 017	13 574
Saulgau	20 990	466	2 055	16 543	1 926	21 194	18 184	3 010
Sigmaringen	13 578	467	1 896	10 001	1 214	13 828	11 361	2 467
Tettnang	15 809	749	3 513	9 872	1 675	16 079	12 489	3 590
Tübingen	28 141	3 792	5 986	11 192	7 171	28 738	15 947	12 791
Tuttlingen	22 539	1 754	6 235	10 514	4 036	22 772	15 601	7 171
Wangen	23 391	627	3 187	18 150	1 427	23 361	20 309	3 322

Mahnung zur Vernunft

Scharfe Maßnahmen gegen Schwarzhändler angekündigt / „Streiks verschlimmern die Lage“

FRANKFURT. Die ernste Ernährungskrise in der amerikanischen und in der britischen Zone droht zu einer ernstesten politischen Krise zu werden. Demonstrationen und Streikandrohungen verwischen die Grenzen der Verantwortlichkeit und schaffen eine gefährdende Atmosphäre, deren Folgen nicht abzusehen sind.

Die Ereignisse der letzten Tage wurden eingeleitet durch einen scharfen Angriff des Vorsitzenden der KP, in der britischen Zone, Max Reimann. „Die Amerikaner sind nicht gekommen, um die Deutschen vom Nazismus zu befreien, sondern um in Westdeutschland die Vorherrschaft des Kapitalismus zu errichten“, sagte er. Dann bezeichnete er die britischen Behörden als für die Ernährungskrise verantwortlich, als sie den Fehler begangen hätten, unfähige Deutsche zu Beratern zu wählen.

Als Antwort darauf kann die Erklärung des britischen Zivilgouverneurs von Niedersachsen, M s c R e a d y, aufgefaßt werden. Es sei angesichts des fehlenden Schiffsraumes und der Verknappung an Brotgetreide nicht möglich, eine Notreserve an Lebensmitteln zu schaffen. Im Hinblick auf den Fettmangel müsse dem deutschen Volke klar gemacht werden, daß in der ganzen Welt eine Verknappung an Fett besteht. Wenn die Bauern weniger Milch zum Schwarzbuttern benutzen und mehr ölhaltige Pflanzen anbauen würden, könnte eine bessere Fettversorgung erfolgen.

In Stuttgart sprach S u m n e r S e w a l l zur Ernährungslage vor den Vertretern der Gewerkschaften. Er betonte, daß die Militärregierung alles tun werde, um die Lage zu bessern. Jede Arbeitsunterbrechung gefährde aber die Lebensmitteltransporte aus Amerika ernstlich.

Auch Dr. James R. N e w m a n, der Direktor der amerikanischen Militärregierung für Hessen, sprach sich in ähnlichem Sinne in einer Radioansprache aus. „Das deutsche Volk muß in der Zeit, in der es an Lebensmitteln mangelt, Mut, Geduld und Fleiß beweisen. In den Ver-

einigten Staaten werden alle Anstrengungen gemacht, um den Mindestbedarf für die Ernährung sicherzustellen. Aber im Kongreß will man für Deutschland keine weiteren Geldmittel bewilligen, wenn die Streiks und Streikandrohungen, sowie die Umtriebe gegen die Militärregierung andauern. Die Ursache der jetzigen Krise ist nun einmal die, daß das deutsche Volk einer skrupellosen Regierung gestattet hat, einen Krieg gegen die gesamte zivilisierte Welt zu führen. Nun ist es von der Großmut der Siegermächte abhängig.“ Newman kündigte dann drastische Maßnahmen gegen Schwarzhändler und gegen diejenigen an, die Lebensmittel zurückhalten. Er schloß mit einem tröstlichen Ausblick auf die Zu-

Deutschlanddebatte im Unterhaus

Bevin über die Ergebnisse der Moskauer Konferenz

LONDON. Im britischen Unterhaus begann eine große Debatte über die Ergebnisse der Moskauer Konferenz, in deren Verlauf der britische Außenminister Bevin das Wort ergriff. Er stellte zur Frage der deutschen und österreichischen Angelegenheiten sowie zu dem Problem der Beziehungen zwischen dem Osten und dem Westen fest: „Wenn im November keine Lösung gefunden wird, dann kann niemand mehr ahnen, in welcher Richtung sich das Weltgeschehen weiter entwickeln wird.“

Der britische Außenminister bedauerte dann, daß über verschiedene der in Moskau durchgesprochenen Probleme seitens der interessierten Länder öffentliche Unstimmigkeiten geherrscht haben. Er hält es für besser, wenn in Zukunft strittige Fragen unter den beteiligten Mächten selbst behandelt werden.

Im Zusammenhang mit dem Problem der Reparationen wies der britische Außenminister auf die Regelung hin, die nach dem ersten Weltkrieg getroffen worden war. Er habe keineswegs die Absicht, Deutschland Kredite auf weite Sicht zu gewähren, die zurückzahlen

kunft: „Ich sehe einen Weg in nicht allzuweiter Ferne, an dem aus dem Leiden der jetzigen Zeit ein friedliches, demokratisches und wohlhabendes Volk entstehen wird, von der ganzen Welt geachtet und willkommen geheißen.“

Und in München forderte der bayerische Gewerkschaftsbund alle Arbeiter, Angestellten und Beamten auf, trotz der kritischen Ernährungslage den Mut nicht zu verlieren. Auf die persönliche Initiative von General Clay und General Muller hin seien neue Lebensmittelimporte zugesagt worden. „Streiks“, so heißt es in dem Aufruf weiter, „werden unsere Lage nur verschlimmern. Die gegen die demokratische Erneuerung gerichteten Kräfte der Reaktion wollen den Wiederaufbau und den Frieden sabotieren. Die Werkzeuge, deren sie sich bedienen, sind Mißstimmung und Mißmut.“

Ihm doch völlig unmöglich wäre. Er erinnerte daran, daß das nach dem ersten Weltkrieg zur Anwendung gelangte Reparationssystem Deutschland ermöglicht habe, sich mit Kriegsmaterial für den nächsten Weltkrieg zu versehen. „Die Staatsmänner haben damit einen Fehler begangen, den sie nicht mehr wiederholen dürfen.“

Bevin gab dann dem Wunsche Ausdruck, daß sich in der Zeit bis zum Zusammentritt der Außenminister im November alle Bemühungen machen, eine Atmosphäre zu schaffen, die es ermöglicht, mit der Vorbereitung eines Vertrages zu beginnen. „Wenn wir diese uns jetzt gebotene Gelegenheit nicht ausnutzen, dann könnte es sehr leicht möglich sein, daß sie uns niemals wieder gegeben wird.“

Der britische Außenminister fuhr fort, er hoffe, daß die Lebensmittelrationen der Deutschen nach einer schwierigen Uebergangsperiode von drei Monaten Dauer erhöht werden könnten. Eine derartige Erhöhung der Lebensmittelrationen setze jedoch voraus, daß die Deutschen unter sich eng zusammenarbeiten.

Nach der Wahl

Von Albert Ansmann

Der Wahl- und Abstimmungsontag hat einige, wenn schon kleine, so doch die innerpolitische Situation recht bezeichnende Ueberschneidungen gebracht. Die DVP verdankt ihrem Schritt in die Opposition einen Wahlerfolg, der sie in die fast unmittelbare Nachbarschaft zur SP gebracht hat. Man geht nicht fehl, wenn man diesen Erfolg in Zusammenhang mit dem Wahlplakat der DVP bringt, das zwei Hände zeigt, die ein kleines Haus und einen Pflug schützend umfassen. Die neuen DVP-Wähler kommen vorwiegend aus den evangelischen Gemeinden unseres Landes. Auf der Suche nach einer neuen politischen Heimat haben sie — vorübergehend oder für immer? — die CDU verlassen.

Trotz dieser nicht ganz unbedeutlichen Verlagerung der politischen Zuneigung blieb die

Gesamtergebnis in der französischen Zone

SP.	572 667
KP.	159 690
CDU.	984 531
DVP.	240 263

Parteilokation unverändert erhalten. Die CDU verfügt auch im Lantag über die absolute Majorität und damit auch über alle Möglichkeiten der Koalitionsbildung.

Es hat sich herausgestellt, daß die Wähler im allgemeinen willig den Parolen ihrer Partei gefolgt sind. Sie haben zur Verfassung so gestimmt, wie ihnen empfohlen worden ist. Nur in den Städten traten auffallende Differenzen zwischen den Wahl- und den Abstimmungsergebnissen auf. Dort wurde in den Wochen zuvor in heftigen Diskussionen um die Verfassung gerungen, dort fanden sich auch die Wähler, die sich erlaubten, wider die Parole ihrer Partei gegen die Verfassung zu stimmen.

Wenn die anderwärts geübte Parteidisziplin allein auf einen Mangel an politischem Denken zurückzuführen wäre, der Aspekt auf die notwendige Anteilnahme am Neubaue der Demokratie wäre wenig erfreulich. Aber die Wahlberechtigten, die von ihrem Recht zur Mitentscheidung Gebrauch machten, haben offenbar ihre Position fest bezogen und sind gewählt, auch wenn ihnen diese oder jene Entscheidung der Partei ihrer Wahl nicht behagt, ihr die Treue zu halten. Sie lassen sich dabei von dem gesunden Instinkt leiten, der in der Stabilität der politischen Verhältnisse die beste Garantie gegen abenteuerliche Experimente sieht.

Nur der politische Flugsand wandert ständig von einer Partei zur anderen. Er hat sich vor vierzehn Jahren bei Hitlers Partei angesammelt — und den Untergang Deutschlands herbeigeführt. Er ist auch heute wieder die unbekannte Größe X, die vorerst noch bei der fünften Partei, den Nichtwählern, untergeschlüpft ist. Sie stellt ein Drittel der Wahlberechtigten dar, eine gefährliche Macht, die, wenn sie einmal aktiv wird, den Weg zum Radikalismus gehen wird.

Wir sagen nicht, daß die Nichtwähler ausschließlich alte und neue Faschisten sind. Es mag neben der gefährlichen Trotzhaltung die sehr wohl erklärliche Apathie des politisch Ungeschulten dort zu finden sein, aber auch der Nihilismus des politischen Einzelgängers, der dem Neuen deshalb gram ist, weil es nicht nach seinen schrulligen Wünschen geformt wird.

Zu diesen politisch Abinenten gehört aber auch ein Teil der Jugend. Dieselben Menschen, die zwölf Jahre lang gelernt haben, anonyme Einfüsterungen abzulehnen, haben sich dem Wählerstreik, der schon in der britischen Zone zum Schlagwort geworden war, angeschlossen. Es mag graubehärtete Politiker geben, die der Jugend dieserhalb grollen. Wir können es nicht. Ist es denn nicht so, daß heute im politischen Leben eine Sprache angewendet wird, der die Jugend fassungslos als einem Unbekannten gegenübersteht? Sie hat noch die Worte der Vergangenheit im Ohr. Für sie ist eine Debatte unter politischen Gegnern ein Skandal und eine Landtagsitzung eine Komödie. Diese Jugend, die nicht nachdenken, sondern nur gehorchen gelernt hat, wird das Wunder erst noch erfahren müssen, daß aus These und Antithese, aus dem Für und Wider einer Sache, das Neue entsteht. Dazu sollten wir sie aber nicht erziehen wollen. Wir müssen lernen, Geduld zu haben mit einer Jugend, die mittun will, aber die Form dazu noch nicht gefunden hat.

Die studentische Jugend ist in großer Zahl im Wahllokal erschienen. Sie hat damit diejenigen widerlegt, die ihr Indifferenz nachsagten und daraus schließen wollten, daß die kommende geistige Führerschaft hoffnungslos in der politischen Abseitsstellung verharren wolle.

